



DIE WELT, 03.02.2018, Nr. 29, S. 10 / Ressort: WIRTSCHAFT

Rubrik: Wirtschaft

## Worauf sich die GroKo nicht einigen kann

### **Union und SPD wollen mehr Geld für Pflege und Bildung ausgeben. Viele Mieter und Steuerzahler dürften aber enttäuscht sein**

Jan Dams, Michael Fabricius und Daniel Wetzel

Papier ist geduldig, insbesondere in Wahljahren. Die Parteien versprechen den Wählern möglichst viel, um an ihre Stimmen zu kommen. Was sie dann in der Realität davon umsetzen, zeigt sich meistens schon in den Koalitionsverhandlungen. Weil keine Partei die absolute Mehrheit hat, müssen sie sich in den Gesprächen auf Kompromisse einigen. Vollmundig verkünden sie dann, was sie erreicht haben. Was sie nicht erreicht haben, lassen sie stillschweigend unter den Tisch fallen.

So sickert derzeit aus den Verhandlungen von Union und SPD heraus, dass die neue große Koalition sechs Milliarden Euro zusätzlich für Bildung ausgeben will. Sie will das Kooperationsverbot wieder aufheben, das den Ländern die alleinige Kompetenz in der Bildungspolitik einräumt. Am Arbeitsmarkt stehen das Rückkehrrecht aus der Teil- in Vollzeit und die Abschaffung der sachgrundlosen Befristung von Arbeitsverträgen an. In die Rentenkassen fließen Milliardenbeträge. Sozialpolitisch schöpft die Neuauflage der GroKo also aus dem Vollen.

Am Ende wird sich daher jede der drei Parteien - CDU, CSU und SPD - hinstellen und das Verhandlungsergebnis loben. Was sie dabei verschweigen werden: Vieles, was ihnen vor der Wahl wichtig war, ließ sich in den Gesprächen mit den potenziellen Partnern dann eben doch nicht durchsetzen. Wir zeigen daher, was alles nicht kommt.

#### Kein Abbau des Mittelstandsbauchs

"Die gute wirtschaftliche Lage macht es möglich, die Einkommensteuer um gut 15 Milliarden Euro zu senken. Diese Entlastung soll in erster Linie der Mitte unserer Gesellschaft, also Familien mit Kindern, Arbeitnehmern, Handwerk und Mittelstand zugutekommen. Wir werden den Einkommensteuertarif insgesamt gerechter ausgestalten und den sogenannten 'Mittelstandsbauch' verringern. Der Spitzensteuersatz, der immer häufiger bereits bei Einkommen von Facharbeitern, Handwerkern und Mittelständlern greift, soll künftig erst bei einem steuerpflichtigen Jahreseinkommen von 60.000 Euro einsetzen." So steht es im Wahlprogramm der Union. Die SPD schrieb: "Mit unseren Vorschlägen für eine Steuerreform werden wir vor allem den sogenannten 'Mittelstandsbauch' angehen. Wir verbinden Entlastungen und mehr Gerechtigkeit! Dieses Ziel erreichen wir über zwei Wege: Abschaffung des Solidaritätszuschlags für untere und mittlere Einkommen." Die Realität wird anders aussehen. Union und SPD haben sich zwar darauf geeinigt, den Solidaritätsbeitrag abzubauen. Im Jahr 2021 soll der Soli erstmals für 90 Prozent der Steuerzahler wegfallen. Das macht in der laufenden Legislaturperiode eine Entlastung von zehn Milliarden Euro aus. Die Grenze, bis zu der entlastet wird, liegt bei rund 61.000 Euro Jahreseinkommen für Singles. Das war's dann aber auch schon beim Thema Steuerreform. Abbau des Mittelstandsbauchs? Fehlanzeige. Ein Spitzensteuersatz, der künftig später greifen sollte? Nicht vereinbart. Und das ist noch lange nicht die einzige Enttäuschung für die Bürger. Auch viele Mieter vor allem in teuren Großstädten werden sich mehr von der großen Koalition erhofft haben. Denn während sie zahlreiche Erleichterungen für die Käufer von Wohneigentum plant, gehen die Mieter weitgehend leer aus.

#### Keine Überarbeitung der Mietpreisbremse

Die SPD hatte versprochen, die Mietpreisbremse nachzubessern. Das Instrument funktioniert nicht richtig, denn die Mieten in den Ballungszentren steigen immer weiter. Kritiker geben allerdings nicht dem Instrument an sich die Schuld, sondern dem schlecht gemachten Bundesgesetz. Die SPD wollte es ändern und einige Schlupflöcher für Vermieter schließen. So sollten diese bei Neuabschluss eines Mietvertrags beispielsweise dazu verpflichtet werden, die bisher gezahlte Vormiete anzugeben. Dann hätten neue Mieter überprüfen können, ob der Vermieter zu Recht eine über dem Preisdeckel liegende Miete verlangt. Das kommt nun aber nicht zustande, ebenso wenig wie die Pflicht der Vermieter, zu viel verlangte Miete rückwirkend zurückzahlen zu müssen. Stattdessen soll die Preisbremse lediglich in der Mitte der laufenden Legislaturperiode überprüft werden.

#### Keine Anpassung von Modernisierungsumlage und Mietspiegel

Wenn Vermieter ihre Wohnungen sanieren, können sie aktuell jedes Jahr elf Prozent der Modernisierungskosten auf die Mieter abwälzen. Dieser Prozentsatz stammt noch aus einer Zeit, in der die Zinsen viel höher und eine Finanzierung der Maßnahmen entsprechend teurer war. Die SPD wollte die Umlage deutlich kürzen. Mit der Union konnte sie sich jedoch nicht darauf einigen. Viele Mietspiegel in den großen Städten berücksichtigen zudem nur jene Verträge, die in den vergangenen vier Jahren abgeschlossen wurden. Da die Mieten in diesem Zeitraum jedoch rasant gestiegen sind, ziehen auch die

Durchschnittspreise stark an. Die SPD wollte das abdämpfen und den Wirkungszeitraum der Mietspiegel verlängern, auf bis zu zehn Jahre. Das hätte den Preisdurchschnitt gesenkt und die zulässigen Miethöhen gedeckelt. Doch auch daraus wird erst einmal nichts.

### Weniger Flexibilität für Unternehmen

"Wir wollen gesetzliche Regelungen so ausgestalten, dass zusätzliche Flexibilität, Spielräume und Experimentierräume für Unternehmen entstehen, für die ein Tarifvertrag gilt oder angewendet wird, oder eine Vereinbarung mit dem Betriebsrat erfolgt", heißt es im Wahlprogramm der Union. Doch mit der Abschaffung der sachgrundlosen Befristung von Arbeitsverträgen und dem Rückkehrrecht aus der Teilzeit wird das Gegenteil geschehen. Führende Wirtschaftsvertreter der Union sollen sich darüber auch schon beschwert haben.

### Keine deutliche Erhöhung der Verteidigungsausgaben

Die Union wollte bis zum Jahr 2024 die Ausgaben für Verteidigung schrittweise in Richtung zwei Prozent der Wirtschaftsleistung anheben. Gleichzeitig sollten die Ausgaben für Entwicklungshilfe erhöht werden. Nach derzeitigem Stand aber wird es dazu nicht kommen. Der Etat für beide Ressorts zusammen soll zur Erfüllung dieser Ziele um zwei Milliarden Euro erhöht werden. Doch damit bleibt die Koalition unter den Erwartungen, die zum Beispiel die Bundeswehr gehabt haben dürfte.

### Keine Begrenzung von Managergehältern

"Die Vorstandsvergütungen in den Unternehmen sollten sich in einer sozialen Marktwirtschaft in einem angemessenen Verhältnis zu den durchschnittlichen Löhnen der Beschäftigten befinden. Tatsächlich verdienen viele Manager das 50 oder gar 100-Fache ihrer Beschäftigten. Wir werden die steuerliche Absetzbarkeit von Managergehältern auf 500.000 Euro begrenzen." So steht es im Wahlprogramm der SPD. In der neuen schwarz-roten Realität, sollte sie tatsächlich wahr werden, wird es dazu aber nicht kommen. Die Begrenzung der Managervergütung bleibt auch weiterhin ein roter Traum. Mit der Union ist sie nicht zu machen. Und der SPD scheint sie nicht wichtig genug zu sein, um dafür bis ans Ende zu kämpfen.

### Schleppender Subventionsabbau

Gleich an drei Stellen hatte die SPD in ihrem Wahlprogramm auf einen Subventionsabbau gedrungen: "Besondere Privilegien für einzelne Interessengruppen wollen wir zurücknehmen und auch andere steuerliche Subventionen überprüfen", heißt es da beispielsweise. Doch die Nutznießer dieser Subventionen können beruhigt aufatmen. Denn die Neuauflage von Schwarz-Rot wird dieses Problem genauso wenig angehen wie die Vorgängerregierung. Im Gegenteil: Die Vorgänger-GroKo hatte in der vergangenen Legislaturperiode 15 neue Subventionen erfunden. Für Bauern, für E-Autos, und auch für Diskotheken. Wie das "Handelsblatt" aus dem bislang unveröffentlichten Subventionsbericht des Kieler Instituts für Weltwirtschaft (IfW) berichtet, gab der Bund im Vorjahr 55,3 Milliarden Euro an direkten Finanzhilfen aus. Das sind fast elf Prozent mehr als im Jahr zuvor. Steuerliche Vergünstigungen habe der Staat sogar in Höhe von 61 Milliarden Euro gewährt. Da wäre also durchaus noch Raum für Anpassungen nach unten.

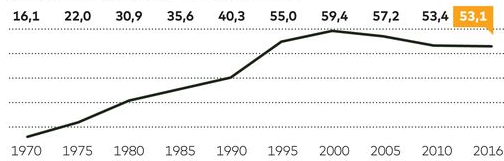
### Keine neue Finanzierung der **Energiewende**

Viele **Energie**- und Umweltökonominnen, darunter auch die von der Bundesregierung eingesetzte Expertenkommission zum Monitoring der **Energiewende**, hatten auch einen "Systemwechsel" in der Subventionierung von Ökostromprojekten gefordert. Denn durch die bisherige Umlagefinanzierung des **Erneuerbare-Energien**-Gesetzes (EEG) wird die Kilowattstunde für Endverbraucher so teuer, dass der Ökostrom-Einsatz in Verkehr, Gebäuden oder Industrie nicht attraktiv ist und die geplante "Sektorkopplung" damit ausbleibt. Von allen Alternativvorschlägen findet sich jedoch nichts im GroKo-Papier: Weder wird eine konsistente CO<sub>2</sub>-Bepreisung angedacht, noch die dringend nötige Senkung der Stromsteuer adressiert. Ökostrom kann so nicht wettbewerbsfähig werden. "So bleibt das Bekenntnis zur Sektorkopplung heiße Luft", lautet das Urteil des Bundesverbandes der **Energie**- und Wasserwirtschaft (BDEW). Zudem gibt es keinen Plan für einen "Kapazitätsmechanismus", um diejenigen konventionellen Kraftwerke zu finanzieren, die man zum Ausgleich der schwankenden Ökostromproduktion dringend braucht.

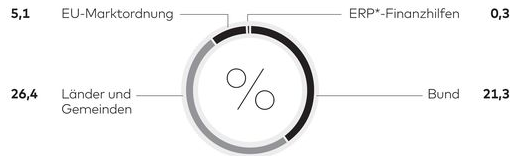
*Jan Dams  
Michael Fabricius  
Daniel Wetzel*

## Subventionen in Deutschland

Öffentliche Finanzhilfen und Steuervergünstigungen von Bund, Ländern, Gemeinden, EU und ERP\* in Milliarden Euro



Aufteilung 2016, in Milliarden Euro



WELT

\*Europäisches Wiederaufbauprogramm

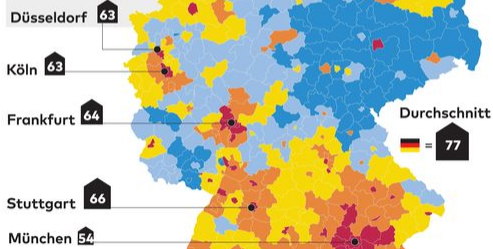
Quelle: Globus / picture-alliance

## Die Mietpreisbremse zeigt kaum Wirkung

Zustand des Wohnungsmarkts: Die Angebots-Nachfrage-Relation ist...

- sehr angespannt
- angespannt
- ausgeglichen
- stagnierende Nachfrage
- rückläufige Nachfrage

Mit einem durchschnittlichen Einkommen kann sich ein Haushalt in Düsseldorf theoretisch eine 63-m<sup>2</sup>-Wohnung leisten.\*



\*Angenommen wird ein Anteil von 35 % des berichteten Haushaltseinkommens als Obergrenze ggü. dem durchschnittlichen Mietpreis für eine 70-m<sup>2</sup>-Wohnung (warm).

WELT

Quelle: dpa, Verbändebündnis Wohnungsbau, prognos

Quelle: DIE WELT, 03.02.2018, Nr. 29, S. 10

Ressort: WIRTSCHAFT

Rubrik: Wirtschaft

Dokumentnummer: 155604541

## Dauerhafte Adresse des Dokuments:

[https://www.wiso-net.de/document/WELT\\_b6c9639e28224a2c3a468f360be2f9cdb37f0e52](https://www.wiso-net.de/document/WELT_b6c9639e28224a2c3a468f360be2f9cdb37f0e52)

Alle Rechte vorbehalten: (c) WeltN24 GmbH

GENIOS © GBI-Genios Deutsche Wirtschaftsdatenbank GmbH